

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktor: Rudolph Bröcher
Hauptredaktion: Dresden
Postfach 10011
Telefon 10011

Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichten
Hauptredaktion: Dresden
Postfach 10011
Telefon 10011

Verlag: Neudruck & Verlagsanstalt
Dresden, Postfach 10011
Telefon 10011

Der Eisenkampf vor dem Reichstag

Wissell eröffnet die große Aussprache

(Von unserer Berliner Korrespondenz)

Berlin, 12. Nov. Medien in res! Das ist die Parole des heutigen Begriffs der Winterklausur des Reichstags. Keine allgemeinen, nichtstagenen Anträge stehen auf der Tagesordnung. Es gilt eines der wichtigsten Probleme sofort anzulösen, weshalb Tribünen und Haus überfüllt sind, als um 3 Uhr der Reichstagspräsident Ebe das Glockenzeichen gibt und das nun schon seit längerer Zeit nicht mehr gehörte „Die Sitzung ist eröffnet“ auspricht. Kurz teilt Ebe mit, daß man n. a. einen Glückwunsch an Dr. Ecken er gerichtet habe und daß ferner die Eckenländer eine Ergebenheitsadresse an den Deutschen Reichstag gerichtet hätten eingedenk jener unglücklichen Vorgänge vor zehn Jahren, als sie sich bereits als Mitglieder des großen Deutschen Reiches fühlten, dann aber von den Tschechen brutal in den Verband eines nicht gewollten Staates zurückgerissen wurden. Die Etanell der beantragten Strafverfahren, namentlich gegen Abgeordnete der äußersten Rechten und Linken, schnürt ab, und schon nach, wie fast jedes bei solchen Gelegenheiten, der Nationalsozialist Dr. Fric, um den Reichstag vor

eine Ueberrasschung

zu stellen. Er erinnert — und wer sollte es nicht mit ihm tun — an die Tatsache, daß vor zehn Jahren der Nationalrat des eben gegründeten Schweizerstaates Deutschschweiz in einer Adresse sich an die damaligen Volksbeauftragten wandte und um Aufnahme in den Reichsverband ersuchte. Er erinnert ferner an das schmachvolle Verhalten der führenden Männer jener verstorbenen Zeit, die nicht Mut noch Entschlossenheit fanden, den Anschluss als eine vollendete Tatsache einfach in die politische Rechnung der großen Umsturzperiode einzuschreiben. Wenn nun Dr. Fric in zwei Anträgen den Reichstag auffordert, sich noch einmal öffentlich um Anschluss zu bekümmern und zum anderen namentlich alle Wege zu beschreiten, um das damals Verkaupte endlich nachzuholen, so wird ihm gefühlsmäßig jeder Deutsche zustimmen, politisch indessen wird die Frage erhoben werden müssen, ob solche Methode der Sache dienlich sein kann.

Deutschnationale und Antragsteller finden sich zusammen, um dem Antrag auf sofortige Verhandlung dieser beiden Entschlüsse zum Erlöse zu verhelfen. Die Mehrheit kann sich nicht dazu entschließen. Die nächste Tagesordnung wird sich damit und mit einem demokratischen Antrag zu befassen haben, der die Regierung ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den den im Reich anlässigen Männern und Frauen österreichischer Staatsangehörigkeit das Wahlrecht verliehen wird.

Nach diesem Zwischenstück erhebt sich Herr Wissell von der Ministerbank, auf der außer Dr. Stresemann Reichstanzler und Minister Platz genommen haben. Seine Rede, die über fünfzig Minuten dauert, befaßt sich mit den verschiedenen Interpellationen und Anträgen, die zum Lohnstreit in der nordwestlichen Gruppe der Eisenindustrie eingebracht worden sind. Eine Fülle von Material wird pflichtschuldig vorgetragen. Man kann nicht lazen mit großem Temperament, denn der ehemalige oberste Schlichter und heutige Reichsarbeitsminister steht oft fast pastoral anmutende Regier. Er betont mit Bescheid einmal das soziale Moment, das andere Mal das Staatsautorität und im ganzen verläßt er den großen Eisentonfall weniger als Unparteilicher, denn als Mann darzustellen, der aus der Arbeitnehmerbewegung hervorgegangen ist und diese seine Vergangenheit weder verneinen kann noch will. In der Tat, der Konflikt im Ruhrgebiet ist nicht ganz einfach zu entwirren. Eine außerordentlich komplizierte Entwicklung des Streikfalles

Komplizierte Entwicklung des Streikfalles

wird vorgetragen. Wissell kommt es darauf an, zunächst die Vorwürfe zurückzuweisen, die daraus ausgehen, man habe nicht zeitig genug eingegriffen, und man habe nicht die kürzesten Termine für Schlichtungsverhandlungen gewählt und die Sache sei mehr oder minder verbummelt worden. Aber der Reichsarbeitsminister findet sich gerade in diesem Augenblick in einer doppelt schwierigen Situation, denn kaum anderthalb Stunden sind vergangen, seit in Duisburg das Arbeitsgericht eine Entscheidung fällt, die als 100prozentig dem Standpunkt der Arbeitnehmer entgegengesetzt angesehen werden muß.

Ob es freilich richtig ist, daß der Arbeitsminister zu einem gerade gefällten Urteil eines Arbeitsgerichtes erklärt, daß die nächste Instanz, das Reichsarbeitsgericht, sich vermutlich auf einen anderen Standpunkt stellen werde, erscheint mehr als fraglich. Den Arbeitsgerichten stehen richterliche Funktionen zu, und wenn man schon einmal das ganze heutige Schlichtungswesen als das A und O aller Weisheit zur Gewährleistung des Arbeitsfriedens betrachten will, dann dürften politische, ja parteipolitische Erwägungen, noch dazu von berufener Seite, aus der Reihe der Reichsarbeitsminister, unangebracht sein, sofern sie die richterliche Entscheidung aus der taktischen Situation des Augenblicks in Frage zu stellen sich bemühen.

Mit einem großen Vorrat von Zitaten aus Zeitungsartikeln rückt Wissell an. Die Reichsbedenken der Arbeitgeber über er entgegen den Entschlüssen des Duisburger Arbeitsgerichtes zu widerlegen. Die nahezu unerlöste Rede des Reichsarbeitsministers bekommt ihrem Ende zu

eine geschickte Wendung.

Er will nicht glauben können, daß mit den Arbeitskämpfen im Ruhrgebiet seitens der Unternehmer auch der Gedanke verbunden sein könnte, grundsätzlich den Absprung für die Schaffung eines neuen Schlichtungswesens

zu finden. Aber schließlich, was kann bei der Ueberparlamentarisierung und der parteipolitischen Atomisierung des deutschen Volks- und Staatslebens außerhalb des Bezirks politischer Erwägungen bleiben? Das Vöden und Fehlen in Schlichtungsverfahren zu finden sind, weiß natürlich der Arbeitsminister selbst, wenn er dies auch als führender Kopf des ganzen Schlichtungswesens und als kein Spiritus rector ungenügend öffentlich jagt. Daher sein Bemühen, die große Diskussion über Wert und Unwert, Geeignetheit und Ungeeignetheit des heutigen deutschen Schlichtungswesens an sich abzuhämmern und die in Zukunft kommende Aussprache auf das aktuelle Teilproblem des Ruhrkonfliktes zu beschränken.

Schnell wendet sich deshalb der Reichsarbeitsminister, nachdem er diese präkären grundsätzlichen Fragen nur gestreift hat, den aktuellen Ausschnitten des Problems zu: Was kann für die Arbeitnehmer und ihre Angehörigen getan werden? Soll die Erwerbslosenunterstützung eintreten oder können und sollen sie eine besondere Arbeitslosenunterstützung erhalten. Bestimmtes vermag der Reichsarbeitsminister dazu nicht mitzuteilen. Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat auch hier bereits eine vorläufige Entscheidung getroffen.

Arbeitslosenunterstützung kommt nicht in Frage.

Das letzte Wort in dieser Sache steht jedoch dem Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt zu. Auch hier hat also Wissell zum mindesten eine vorläufige Entscheidung gegen sich. Deshalb kann die Regierung zu den von den Parteien gestellten Anträgen noch nicht Stellung nehmen, und der Reichsarbeitsminister muß sich darauf beschränken, lediglich seinen persönlichen Gesinnungsausdruck zu geben, die naturgemäß in der Richtung der Wünsche der Arbeitnehmer tendieren.

Der Verlauf der Debatte

Berlin, 12. November. Vor Eintritt in die bereits im Abendblatt mitgeteilte Tagesordnung des Reichstags nimmt Abg. Dr. Fric (Nat.-Soz.) zur Geschäftsordnung das Wort. Er beantragt, an den Vöden Nationalrat ein Telegramm zu richten, in dem der Deutsche Reichstag seine Sympathie für den deutsch-österreichischen Zusammenhalt bekundet. Er beantragt weiter, die Reichsregierung möge auf der nächsten Tagung des Vöderbundes erwirken, daß die Bestimmungen in Wirksamkeit gesetzt werden, wonach das deutsche Volk selbst über den Anschluss entscheiden könnte. Die sofortige Beratung der Anträge wird abgelehnt. (Vorm bei den Nat.-Soz.) Die Beratung der Anträge zur Aussperrung wird eingeleitet durch eine Rede des Reichsarbeitsministers.

Reichsarbeitsminister Wissell

teilt zunächst unter lebhaften Hört-Hört-Rufen der Linken den bekannten Urteilspruch des Duisburger Arbeitsgerichtes mit. Dann schildert der Minister die historische Entwicklung des Lohnstreites und der Schlichtungsverhandlungen. Am 18. Oktober haben die einzelnen Arbeitgebergruppen, so fährt der Minister fort, auf Veranlassung ihrer Organisationen noch vor Beginn der letzten Schlichtungsverhandlungen ihren Arbeitern gekündigt. Diese Maßnahme hat die Schlichtungsverhandlungen außerordentlich belastet. Der Schlichter hat sich wiederholt bemüht, die Rechtsirrtümer der Kündigung zu verlängern, um den in der Kündigung liegenden Druck zum Schlichtungsverfahren zu nehmen. Diese Bemühungen, die für die Arbeitgeberseite keinerlei Preisgeverlust bedeuteten hätten, sind nicht von Erfolg gewesen. (Hört, hört! links.)

Am 11. Oktober waren die letzten Parteiverhandlungen, am 15. Oktober die Bestellung des Schlichters, vom 22. bis 26. Oktober die Schlichtungsverhandlungen. Am 29. Oktober lief die Erklärungsfrist zum Schiedspruch ab. Am 30. habe ich über die Verbindlichkeitsklärung Verhandlungen geführt, die bis zum Morgen des 31. Oktober ausgedehnten. Am 31. Oktober erfolgte die Verbindlichkeitsklärung. Sie war spätestens um 3 Uhr nachmittags in den Händen der Parteien, also erhebliche Zeit vor dem Zeitpunkt, wo die Verlesungen entlassen wurden. Angesichts dieser Tatsachen kann weder gegen den Schlichter noch gegen den Arbeitsminister der Vorwurf erhoben werden, daß sie zu spät oder in letzter Stunde eingegriffen hätten.

Vor Beendigung der Parteiverhandlungen konnte vom Eingreifen des Schlichters natürlich keine Rede sein, aber ich habe im friedlichen Sinne schon vorher auf die Parteien eingewirkt. (Rufe bei den Kommunisten: Aber gegen die Arbeiter!) Ich mußte mich aber überzeugen, daß bei der Verbindlichkeitsklärung eine Verständigung nicht in Frage kommen konnte. Deshalb mußte ich den Schiedspruch fällen.

Wie war wohl bekannt, daß durch den Schiedspruch eine neuerliche Belastung der Werke entstehen würde. Ich konnte aber andererseits nicht übersehen, daß in anderen Bezirken der Metallindustrie die Vöden und Verdienste der Arbeitnehmer günstiger sind, als in der Gruppe Nordwest, und zwar sogar noch nach Durchführung des unkritischen Schiedspruches.

Schon während der Ausführungen gibt es immer wieder Zwischenrufe von der kommunistischen Seite des Hauses her. Die Kommunisten sind es, die bei der Erregung der Ausgesperrten ihr Schäfchen scheren wollen, die in den Aussperrungsgebieten mit durchsichtiger Tendenz besondere Kampfleitungen gebildet haben und die nun der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung hart zusetzen. Als Wissell schließt, daß der Staat alles getan habe, was er habe tun können, bricht die Ultralinke in ein großes Hallo aus, das in einer Schimpfanrede des kommunistischen Abgeordneten Florin, der hierauf das Wort ergreift, seine Fortsetzung findet.

Dann spricht Stegerwald für das Zentrum, leidenschaftlich die Thesen verteidigt, die in den Anträgen seiner Partei zum Ausdruck kommen. Drei Stunden unausgesetzten Redens sind vorüber, als er um die sechste Stunde zum Schluß kommt. Der Sozialdemokrat Brandes, der nunmehr auf der Rednerliste steht, sieht sich vor abgesspannten Zuhörern und merklich gelichteten Reihen. Er wünscht ein volles und aufnahmefähiges Haus und verzichtet lieber heute darauf, seine Ausführungen vorzutragen.

Und das Ergebnis dieser ersten Reichstagsitzung im Winter?

Man hat über Anträge gesprochen, die sowieso, soweit sie Gesetzesanträge sind, vorerst gar nicht zur Abstimmung gestellt werden können, die vielmehr den geschäftsordnungsmäßigen Weg durch den sozialpolitischen Ausschuß gehen müssen. Man hat offenbar aber das Bedürfnis gehabt, seine Stimme weniger um der Sache willen, als um der Zuhörer draußen willen, hören zu lassen. Die Hörer sollen vernehmen, was die von ihnen gewählten Abgeordneten für sie alles tun und denken. Im ganzen kommt also aus der Aussprache zunächst nichts Besonderes heraus, als daß die Meinungen sich klären, die kämpfenden Parteien im Ruhrgebiet ihre Resonanz haben und schließlich — und das scheint in gewissem Sinne bedenklich zu sein — in das Verfahren eingegriffen wird in einer Weise, von der es fraglich erscheint, ob sie dem wünschenswerten baldigen Friedenstschluß zwischen den beiden kämpfenden Parteien dienlich ist.

Diese höheren Vöden sind sogar zum Teil frei vereinbart worden. Wirtschaftliche Dinge werden aber natürlich verschieden gesehen. Bei Erörterung der Rechtslage will und kann ich nicht der Entscheidung der Arbeitsgerichte vorgreifen. (Rufen bei den Kommunisten.) Aber so viel kann ich sagen: Selbst wenn die Kündigung überhaupt rechtmäßig war, war sie doch erfolgt zum Zwecke des Arbeitskampfes.

Ich habe mich bemüht, die arbeitsgerichtliche Entscheidung der Rechtsfrage möglichst zu beschleunigen. Ich will alles tun, um die Springrevision des heute vom Duisburger Arbeitsgericht gefällten Urteils in einem möglichst baldigen Termin zu erreichen.

Wenn angeregt worden ist, die Reichsregierung möge ernten vermitteln, so glaube ich, daß eine solche Vermittlung für die Reichsregierung bis zur Klärung der Rechtslage nicht in Frage kommen kann.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß durch den für verbindlich erklärten Schiedspruch ein rechtsgültiger Tarifvertrag zustandgekommen ist. Ich kann meine Hand nicht dazu bieten, daß der rechtsgültige Tarif durch eine von mir als unrechtmäßig betrachtete Kampfhandlung einer Partei geändert wird. (Beifall links.) Ich halte es aber für möglich, auch noch jetzt den Zustand herbeizuführen, der durch die Verbindlichkeitsklärung herbeigeführt werden sollte, daß nämlich in den Werken der Arbeitgeberorganisation weitergearbeitet wird, und die kritische Rechtsfrage auf dem dafür vorgesehene arbeitsgerichtlichen Wege ausgetragen und entschieden wird.

Eine unrechtmäßige Belastung der Arbeitgeber könnte dadurch nicht eintreten, wohl aber würde durch das Beschreiten dieses Weges eine schwere Bedrängnis von der deutschen Wirtschaft genommen werden. Wenn sich die Arbeitgeber auch jetzt noch nicht zur Wiedereröffnung ihrer Betriebe entschließen können, müssen sie sich bemühen, daß sie die Verantwortung für diese weder tatsächlich noch rechtlich gerechtfertigten Entlassungen tragen. Ich glaube mich in dieser Meinung einig zu wissen mit der großen Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit. (Beif. Zus.) Wer einen so schweren Kampf beginnt, muß sich der Konsequenzen und der Mittel des Kampfes bewußt sein, der muß wissen, daß bald die Kohlenwerke Feierlichkeiten einlegen müssen, daß weiter durch diese Maßnahmen Wandel und Wandel in den Kommunen so schwer geschädigt werden, daß die Gemeinden ihre Steuern erhöhen müssen, was doch wieder die Industrie mitbezahlen müßte. Auch der

innerpolitischen Folgen

ihres Vorgehens müssen sich die für solche Kämpfe Verantwortlichen bewußt bleiben. Nicht der „Mut zum Kampf“, wie Geheimrat Duisberg in der „Börsezeitung“ behauptet, sondern die verantwortungsbewusste Verhinderung eines unendlichen Kampfes zeichnet den aufrechten Mann aus. Die Unternehmer haben erklärt, daß ernste Sorgen sie zur Ablehnung des Schiedspruches trieben. Daran zweifle ich nicht. Indessen hat ein preussischer Landgerichtsdirektor öffentlich in der „Rhein. Ztg.“ erklärt, die Unternehmer wollten nicht so sehr die Revision des Schiedspruches, sondern eine Änderung des Schlichtungsverfahrens selbst erreichen.

Wenn das zuträfe, so wäre allerdings die Regierung vor die erste Frage gestellt worden, ob nicht ein geschicktes Eingreifen notwendig ist. (Sehr richtig, links.) Es würde sich dann jedoch nicht um ein Eingreifen in das Schlichtungswesen